

thema:

Kulturpolitikforschung – 20 Jahre Institut für Kulturpolitik

Kulturpolitikforschung als Basis für kulturpolitisches Monitoring

Kulturpolitik braucht Fakten, wenn sie sich weiter entwickeln soll. So werden wissenschaftlich fundierte Informationen über die demografische Entwicklung und die damit einhergehende Veränderung kultureller Präferenzen und Orientierungen zukünftig als Planungsgrößen und Entscheidungshilfen im Kontext einer nachfrageorientierten Kulturpolitik immer wichtiger. Die Strukturen und Potenziale des Publikums und der Nutzer kultureller Einrichtungen sind aller Analyse, Reflexion und Erörterung Wert, um die richtigen Maßnahmen bei der Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur, für die strategische Ausrichtung und im Management der Kultureinrichtungen ergreifen zu können. Besuchsstatistiken reichen als Planungsdaten dafür nicht mehr aus. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat sich von jeher für eine faktenbasierte Kulturpolitik stark gemacht. Sie konnte sich dabei auf die Fach- und Sachkompetenz ihrer Mitglieder und des Vorstands stützen, hat jedoch von Beginn an der Recherche, Analyse und Forschung neben den vielen diskursorientierten Aktivitäten und Veranstaltungen einen großen Stellenwert in der Verbandsarbeit eingeräumt. Die Forderung nach mehr anwendungsbezogener Kulturpolitikforschung ist insofern ihrem Verständnis von Kulturpolitik geschuldet.

Mit dem Institut für Kulturpolitik, das im Zuge der Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn seit 1996 aufgebaut werden konnte, sind die Forschungsarbeiten intensiviert worden. Mit ihm konnte jene Fachlichkeit generiert werden, die die Legitimation und Wirksamkeit der verbandlichen Aktivitäten und Argumentationen stärkt. Für die Kulturpolitische Gesellschaft ist Fachlichkeit besonders wichtig, weil ihre Arbeit nicht nur von der internen Beziehungsqualität des Mitgliedernetzwerkes und der durch öffentliche Diskurse und Personen gestärkten öffentlichen Anerkennung profitiert, sondern auch durch profundes Wissen und gesicherte Informationen. Fachlichkeit und Überzeugungskraft sind die wichtigsten Ressourcen von Verbänden. Dies gilt auch für die Kulturpolitische Gesellschaft. Sie ist kein Interessenverband im engeren Sinne, sondern vielmehr eine Organisation, die Kulturpolitik als öffentliche Aufgabe gesellschaftlich kommuniziert und dabei auf faktengestützte Argumente bauen muss. Dies ist der Grund dafür, dass die enge Verbindung von Institut und Verband gewählt wurde. Sie ergänzen sich in ihren je spezifischen Leistungskomponenten und

erzeugen Wirkung in der unmittelbaren Vermittlung der Forschungsarbeit an den Mitgliederkreis und dessen Netzwerk.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieses Modell funktioniert und auch weiterhin Bestand haben kann. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern liegt Deutschland mit Blick auf wissenschaftliche Forschungsarbeiten im Kulturbereich indes weit zurück. Auch im Vergleich mit anderen Politikfeldern verfügt die Kulturpolitik über keine ausreichend entwickelte Forschungsinfrastruktur. Es gibt vielmehr einen Nachholbedarf an fundierten Recherchen und Untersuchungen. Dies wird den kulturpolitischen Akteuren auf Bundes- und Länderebene langsam bewusst. So ist zumindest zu hoffen, dass es in Zukunft mehr Ressourcen und einen robusten Forschungsverband geben wird, um anwendungsbezogene Kulturpolitikforschung und in der Folge eine wissenschaftsbasierte Kulturpolitik auf allen Politikebenen der Bundesrepublik Deutschland betreiben zu können.

Wir wollen uns als Kulturpolitische Gesellschaft dafür auch in Zukunft dafür einsetzen und haben das 20-jährige Jubiläum unseres Instituts für Kulturpolitik am 24. Oktober 2016 dafür genutzt, eine Initiative für mehr Kulturpolitikforschung zu starten.

Zunächst hatten wir im Kreis von Vorstandsmitgliedern ein anregendes Gespräch mit Frau Staatsministerin Monika Grütters, um sie von der Notwendigkeit unserer Initiative zu überzeugen. Der Schwerpunkt dieser KuMi-Ausgabe enthält ausformulierte Inputbeiträge von TeilnehmerInnen der sich anschließenden exzellenten Fachdiskussion zu Stand und Perspektiven der Kulturpolitikforschung. Sie geben einen Einblick in die Vielfalt der Fragen, die im Kontext der weiterzuentwickelnden Kulturpolitikforschung zur Bearbeitung anstehen. Diese zu präzisieren, zu operationalisieren und zu priorisieren wird eine der nächsten Aufgaben sein.

Schon jetzt zeichnet sich eine klare Rolle für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft ab: Während Grundlagenforschung Aufgabe der Universitäten ist, Zahlen, Daten und Fakten von einschlägigen Instituten geliefert werden (z.B. der Kulturfinanzbericht von DeStatis) vermittelt das Institut diese Erkenntnisse zwischen den verschiedenen Akteuren und in die Praxis der Kulturpolitik hinein und unterstützt so ein fundiertes kulturpolitisches Monitoring von Bund, Ländern und Kommunen.

Prof. Dr. Oliver Scheytt ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und Professor für Kulturpolitik und kulturelle Infrastruktur an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg

